

Niederschrift
der 02. Sitzung des Ausschusses für Sicherheit und Ordnung

Sitzungsdatum: Mittwoch, den 26.03.2025
Beginn: 17:00 Uhr
Ende: 17:50 Uhr
Raum: Hansestadt Stralsund, Rathaus, Kollegiensaal

Anwesend:

Vorsitzende/r

Frau Ann Christin von Allwörden

stellv. Vorsitzende/r

Herr Achim Stuhr

Mitglieder

Frau Maria Quintana Schmidt
Herr Andreas Redlich
Herr Thomas Rockmann
Herr Oliver Schön

Vertreter

Herr Conrad Busse
Herr Daniel Ruddies
Frau Carina Wadewitz

Vertretung für Herrn Marco Schröder

Protokollführer

Frau Gaby Ely

von der Verwaltung

Frau Steffi Behrendt
Herr Peter Faasch
Frau Anne Pilgrim
Frau Anett Putbrese
Herr Heino Tanschus
Frau Kristina Wilcke

Tagesordnung:

- 1 Bestätigung der Tagesordnung
- 2 Bestätigung der Niederschrift der 01. Sitzung des Ausschusses für Sicherheit und Ordnung vom 26.02.2025
- 3 Beratung zu Beschlussvorlagen -keine-
- 4 Beratung zu aktuellen Themen
 - 4.1 Privates Feuerwerk - Einwohneranfrage
 - 4.2 Beleuchtung Trelleborger Platz

- 4.3** Verkehrsberuhigende Maßnahmen
- 5** Verschiedenes
- 9** Wiederherstellung der Öffentlichkeit und Bekanntgabe von Empfehlungen aus dem nichtöffentlichen Teil

Einleitung:

Von 10 Mitgliedern des Ausschusses für Sicherheit und Ordnung sind 9 Mitglieder anwesend, womit die Beschlussfähigkeit gegeben ist.
Die Sitzung wird durch die Ausschussvorsitzende geleitet.

Es erfolgt eine Tonträgeraufzeichnung.

zu 1 Bestätigung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wird ohne Änderungen / Ergänzungen bestätigt.

Abstimmung: 9 Zustimmungen 0 Gegenstimmen 0 Stimmenthaltungen

zu 2 Bestätigung der Niederschrift der 01. Sitzung des Ausschusses für Sicherheit und Ordnung vom 26.02.2025

Die Niederschrift der 01. Sitzung des Ausschusses für Sicherheit und Ordnung vom 26.02.2025 wird ohne Änderungen / Ergänzungen bestätigt.

Abstimmung: 8 Zustimmungen 0 Gegenstimmen 1 Stimmenthaltung

zu 3 Beratung zu Beschlussvorlagen -keine-

Es liegen keine Beschlussvorlagen zur Beratung vor.

zu 4 Beratung zu aktuellen Themen

zu 4.1 Privates Feuerwerk - Einwohneranfrage

Zu Beginn beantragt Frau von Allwörden Rederecht für Frau Diana Meyen.

Die Ausschussmitglieder stimmen einstimmig für den Antrag. Frau Meyen erhält Rederecht.

Frau Meyen schildert ihre Beweggründe, ein Böllerverbot in der Altstadt erwirken zu wollen. Sie bittet erneut darum, dass die Weltkulturerbestadt prüft, ob ein Verbot von privatem Feuerwerk in der Altstadt umsetzbar ist. Sie weist darauf hin, dass es in anderen Städten zumindest partielle Verbotszonen gibt.

Aus ihrer Sicht passt das Böllern nicht mehr in die Zeit, Menschen und Tiere wären vor zusätzlichem Lärm geschützt und die Straßenreinigung würde Kosten einsparen. Weiterhin hat Frau Meyen durch einen Vorfall in der Silvesternacht vor einigen Jahren auch ein persönliches Interesse an einem Verbot.

Vor vier Jahren wurde sich dafür entschieden, für das Thema zu sensibilisieren, durch Informationen auf der Internetseite der Hansestadt Stralsund, welche Frau Meyen auch zur Kenntnis genommen hat.

Sie würde es begrüßen, wenn die Stadt ein Verbot erneut prüfen würde.

Frau von Allwörden bedankt sich für die Ausführungen und geht auf die Diskussion aus der letzten Sitzung ein. Auch in der neu gewählten Bürgerschaft sieht sie keine Mehrheit für ein Verbot von privatem Feuerwerk. Allerdings haben sich die Ausschussmitglieder einer erneuten Sensibilisierung der Einwohner gegenüber offen gezeigt.

Die Leiterin des Amtes 40 wird heute darüber informieren, ob so eine Informationskampagne durchgeführt werden kann bzw. welche finanziellen Mittel dafür zur Verfügung stehen.

Frau Behrendt führt aus, dass vor vier Jahren keine finanziellen Mittel für eine Kampagne zur Verfügung standen. Dennoch wurde ein Informationsblatt gestaltet und unter anderem über die Stadtteilkoordinatoren und Wohnungsgesellschaften in Umlauf gebracht. Weiterhin wurde Social Media genutzt und eine Pressemitteilung herausgegeben.

Die derzeitige Haushaltssituation hat sich nicht verbessert und so mussten einige Haushaltsansätze gekürzt werden. Im Bereich Marketing beispielsweise sind für 2025 10.000 € veranschlagt.

Frau von Allwörden erkundigt sich nach den Meinungen der Fraktionen zu einem Feuerwerksverbot.

Herr Rockmann von der AFD-Fraktion spricht sich gegen ein Verbot für das Zünden von privatem Feuerwerk aus, auch weil es aus Sicht der Fraktion bereits genügend Verbote gibt. Frau Quintana Schmidt persönlich spricht sich für ein Verbot aus, die Fraktion DIE LINKE steht allerdings nicht geschlossen hinter einem Verbot.

Sie geht davon aus, dass sich nicht alle an das Verbot halten, aber eine deutliche Verbesserung eintreten würde.

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/SPD/Piratenpartei/Die Partei ist für ein Verbot und hält eine Verbotszone, die sich auf die Altstadt begrenzt, für einen guten Kompromiss.

Die Fraktion Bürger für Stralsund/Adomeit hält den Aufwand und die Kosten für Einsatzkräfte für zu hoch und spricht sich deshalb gegen ein Verbot aus.

Die CDU/FDP Fraktion hält ein Verbot für indiskutabel, eine Sensibilisierung aber für geboten.

Frau Meyen schätzt den Kontrollaufwand nicht so hoch ein wie einige Ausschussmitglieder. Sie geht eher davon aus, dass wenn die Stadt ein Verbot entsprechend bewirbt, die Menschen sich daran halten werden.

Frau von Allwörden weist darauf hin, dass bei einem Verbot die Stadt verpflichtet ist, dessen Einhaltung zu kontrollieren und Verstöße zu sanktionieren.

Herr Busse hält es für einen Trugschluss, dass ein Böllerverbot in der Altstadt die Ordnungskräfte mehr beschäftigt als die jetzige Situation.

Herr Rockmann schlägt vor, eine Umfrage zu dem Thema unter den Einwohnenden von Stralsund durchzuführen, um einen Eindruck zu erhalten, wie diese zu einem Verbot stehen.

Frau von Allwörden befürwortet die Idee und regt eine Umfrage durch die Ostseezeitung an.

Frau Behrendt geht davon aus, dass auch eine Umfrage auf der Internetseite der Hansestadt Stralsund möglich wäre, möchte das aber noch einmal prüfen und die rechtlichen (Datenschutz) Rahmenbedingungen abstecken.

Auch Frau Meyen unterstützt die Idee. Wenn ein Verbot nicht durchgesetzt werden kann, könnten die Leute beispielsweise in Verbindung mit der Stadtwette auf dem Weihnachtsmarkt dazu animiert werden, weniger oder gar nicht mehr zu böllern.

Die Ausschusssmitglieder verständigen sich darauf, die Thematik in einer der nächsten Sitzungen erneut zu beraten.

Frau von Allwörden schließt den Tagesordnungspunkt.

zu 4.2 Beleuchtung Trelleborger Platz

Einleitend erläutert Herr Faasch, dass die technischen Möglichkeiten einer stärkeren Beleuchtung gegeben sind, entsprechende Maßnahmen können nach Empfehlung des Ausschusses auch preislich eingeschätzt werden.

Frau von Allwörden verweist auf die Problematik der Finanzierung von derartigen Vorhaben. Sie wirbt für die Erarbeitung einer Aufstellung aller Orte, mit welchen sich im Hinblick auf die Beleuchtung auseinandergesetzt werden muss. Diese Aufstellung kann dann im Bezug auf die Haushaltsplanung qualitativ und quantitativ eingeschätzt werden.

Herr Faasch drückt seine Zustimmung gegenüber dem Vorschlag aus.

Herr Tanschus führt auf Nachfrage von Frau von Allwörden aus, dass zur Verbesserung der Handlungsfähigkeit der Hansestadt Stralsund die Willensbildung der Bürgerschaft in Bezug auf den kommenden Doppelhaushalt im Dezember abgeschlossen werden sollte. Er ergänzt, dass jederzeit Anträge auf anderweitige Verwendung finanzieller Mittel unter Angabe von Deckungsquellen gestellt werden können.

Die Ausschussvorsitzende führt aus, dass in dem entstehenden Zeitrahmen eine Evaluierung der Beleuchtungssituation durch die natürlichen Gegebenheiten schwierig ist und dass es dementsprechend voraussichtlich zu einer Häufung von Nachmeldungen kommen wird. Diese würden das initiale Ergebnis dieser Evaluation torpedieren.

Nach einem Austausch mit Herrn Stuhr stellt sie fest, dass es am zielführendsten ist, eine Aufstellung für den Doppelhaushalt 2028/29 auszuarbeiten. Begründet liegt dies in der derzeitigen Haushaltslage und dem sehr begrenzten Zeitraum um diese Erarbeitung noch in den kommenden Doppelhaushalt einzuarbeiten.

Frau von Allwörden stellt den Vorschlag zur Erarbeitung einer Prioritätenliste für den Doppelhaushalt 2028/29 zur Abstimmung.

Die Ausschussmitglieder sprechen sich mehrheitlich für den Vorschlag aus.

Frau Wilke erläutert, dass nach Absprache mit der zuständigen Vertragsfirma der Fahrgastunterstand der Bushaltestelle am Trelleborger Platz beleuchtet werden kann. Dafür sind voraussichtlich nur geringfügige Anpassungen nötig.

Herr Tanschus erklärt einfühend, dass es sich beim Trelleborger Platz, gemäß den Angaben der Polizei nicht um einen Kriminalitätsschwerpunkt handelt. Auch nach Kontrollen des KOD sind keine gegenteiligen Erkenntnisse gewonnen worden.

Eine Untersagung des Konsums von Alkohol in der Örtlichkeit ist rechtlich nicht möglich.

Frau Putbrese ergänzt, dass auch keine Beschwerden über den Mängelmelder eingegangen sind. In den vergangenen Jahren waren es ein bis zwei Beschwerden jährlich.

Frau von Allwörden ergänzt, dass lediglich ein Problem mit Vandalismus zu erkennen ist.

Die Informationen werden zur Kenntnis genommen. Frau von Allwörden schließt den Tagesordnungspunkt.

zu 4.3 Verkehrsberuhigende Maßnahmen

Frau von Allwörden erklärt, dass Zuarbeiten von der Fraktion „Bündnis 90/Die Grünen/SPD/Piratenpartei/Die Partei und von der AfD-Fraktion eingereicht wurden.

Diese Zuarbeiten werden der Verwaltung zur Prüfung übergeben.

zu 5 Verschiedenes

Die Ausschussmitglieder haben keinen Redebedarf.

Da es im nichtöffentlichen Teil der Sitzung keinen Redebedarf gibt, entfallen die übrigen Tagesordnungspunkte.

Frau von Allwörden schließt die Sitzung.

**zu 9 Wiederherstellung der Öffentlichkeit und Bekanntgabe von Empfehlungen
aus dem nichtöffentlichen Teil**

gez. Ann Christin von
Allwörden
Vorsitzender

gez. Gaby Ely
Protokollführung